



**Niederschrift der Sitzung des Stadtrates
am Mittwoch, 06.08.2025 von 18:10 bis 19:35 Uhr
Ort: Forum am Hansaplatz**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Maria Hogeback	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
---------------------	---------------------------	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Resmiye Agirman	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Eike Baran	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Christoph Böhmann	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Rasmus Braun	CDU/FDP-Fraktion	
Frau Melanie Buhr	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Heino de Buhr	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Olaf Eilers	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Gerda Elsen-Dieckmann	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Stefan Fuhler	CDU/FDP-Fraktion	
Frau Renate Geuter	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Jürgen Hespe	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kramer	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Heinrich Lücking	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Hans Meyer	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Thomas Niehoff	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Norbert Rehring	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Lukas Reinken	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Fabian Rolfes	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Jonas Schulte	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Maik Stratmann	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	
Herr Andreas Taming	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Andreas Tegeler	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wilfried Thunert	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sören Wewer	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernd Wichmann	CDU/FDP-Fraktion	

Beratende Mitglieder

Sandra kleine Stüve	Gleichstellungsbeauftragte	
---------------------	----------------------------	--

Verwaltung

Frau Heidrun Hamjediers	Erste Stadträtin	
Herr Karsten Vahl	Fachbereichsleiter/Kämmerer	
Frau Karin Hogartz	Protokollführung	

Abwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Frau Marlies Preuth	CDU/FDP-Fraktion	
---------------------	------------------	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Johannes Flatken	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Dennis Löschen	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Raphael Opilski	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Martin Roter	CDU/FDP-Fraktion	
Frau Pia van de Lageweg	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzende Hogeback eröffnet die heutige Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ratsmitglieder, Verwaltungsmitglieder, Pressevertreter und insbesondere die Gäste. Sie informiert darüber, dass folgende Ratsmitglieder entschuldigt fehlen: Ratsfrau Preuth und Ratsfrau van de Lageweg sowie Ratsherr Flatken, Ratsherr Löschen und Ratsherr Roter.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzende Hogeback stellt die ordnungsgemäße Tagesordnung fest

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift vom 18.06.2025 wird mit drei Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Bericht des Bürgermeisters / der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten der Stadt, insbesondere über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Bürgermeister Stratmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ratsvorsitzende, die Ratsmitglieder, die Besucher sowie insbesondere die Mitarbeitenden des Krankenhauses Friesoythe.

Der Bericht der Verwaltung, wie es bereits in der Verwaltungsausschusssitzung angekündigt wurde, entfällt heute. Bürgermeister Stratmann nutzt die Gelegenheit, um zunächst den Ratsmitgliedern den Dank auszusprechen. Es sei keinesfalls selbstverständlich, dass sich die Mitglieder des Rates in der Sommerpause so intensiv mit einem Thema befassen müssen. Sein Dank gilt ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere der Ersten Stadträtin Hamjediens sowie dem Fachbereichsleiter Vahl, die sich ebenfalls in der Sommerpause intensiv mit dem Thema Krankenhausfinanzierung auseinandergesetzt haben. Dieses Thema erfordere höchste Aufmerksamkeit und erhebliche zeitliche Ressourcen. Auch die Durchführung der heutigen Sondersitzung sei nur mit eingeschränkter Sommerpause und verschobenen Urlauben möglich gewesen. Dafür spreche er allen Beteiligten seinen ausdrücklichen Dank aus.

Dies unterstreiche die Bedeutung des Themas und der Wichtigkeit der Krankenhausfinanzierung für Friesoythe, was auch in der Verwaltungsausschusssitzung einstimmig bestätigt wurde. Während der Beratungen sei immer klar gewesen, dass dem Krankenhaus die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Bürgermeister Stratmann macht jedoch deutlich, dass ihm der Weg dorthin nicht gefallen habe. Er betont, dass dies mit Nachdruck auch in der anschließenden Diskussion zur Sprache kommen werde. So, wie der Landkreis es getan habe, gehe man nicht mit einem gewählten Stadtrat und der Verwaltung einer kreisangehörigen Stadt um.

Bislang habe die Verwaltung einen Weg verfolgt, der als Königsweg galt. In der Verwaltungsausschusssitzung sei man jedoch übereingekommen, diesen Ansatz anzupassen. Dabei müssten, so Bürgermeister Stratmann, einige unangenehme Kompromisse eingegangen werden, deren Nachbereitung ggf. zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen müsse.

Das Wichtigste sei ihm an dieser Stelle jedoch gewesen, den Dank auszusprechen.

In Richtung der Mitarbeitenden des Krankenhauses hebt er hervor, dass nicht nur Verwaltung und Stadtrat in dieser der Thematik sehr involviert seien, um die notwendigen Mittel aus dem Haushalt bereitstellen, sondern dass auch die Beschäftigten schon zahlreiche Opfer gebracht und sich engagiert hätten. Sie hätten sich ebenfalls deutlich zu ihrem Krankenhaus bekannt.

Im Anschluss wird die Erste Stadträtin Hamjediens die aktuelle Situation erläutern, den bisherigen Verlauf darstellen und die weiteren Schritte zur Erreichung des dringend erforderlichen Ziels, aus Sicht der Verwaltung, vorstellen.

Bürgermeister Stratmann wünscht allen eine erfolgreiche Sitzung.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 7 St.-Marien-Hospital Krankenhausfinanzierung Vorlage: BV/149/2025/1

Erste Stadträtin Hamjediers begrüßt die Ratsvorsitzende, den Bürgermeister und die Ratsmitglieder.

Sie führt aus, dass für die heutige Sitzung eine PowerPoint-Präsentation vorbereitet wurde. Wie bereits bekannt sei und vom Bürgermeister Stratmann erläutert wurde, haben sich die Stadt Friesoythe, die Verwaltung sowie der Stadtrat mit großem Engagement und erheblichem Zeitaufwand sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt.

Der eingeschlagene Weg, der bereits in der heutigen Verwaltungsausschusssitzung skizziert wurde, stelle für die Stadt eine besondere Herausforderung dar. Es sei nachvollziehbar, dass in der Öffentlichkeit Fragen aufkommen werden, warum man sich so schwer damit getan habe, während andere die Situation anders handhaben.

Erste Stadträtin Hamjediers möchte daher die Ausgangslage erläutern und die Gründe darlegen, weshalb die Entscheidung teilweise schwergefallen sei und schließlich wie es zu dem vorliegenden Ergebnis gekommen sei.

Erste Stadträtin Hamjediers berichtet weiter, dass die bundesweite Unterfinanzierung im Krankenhauswesen auch das St.-Marien-Hospital massiv betrifft.

Den Verlauf des Verfahrens zur Finanzierung des Sankt-Marien-Hospitals stellt Erste Stadträtin Hamjediers wie folgt dar:

- Im Januar 2025, hat das Sankt-Marien-Hospital einen Antrag auf Eigenverwaltung im Rahmen eines Schutzschirmverfahrens gemäß Insolvenzordnung gestellt. Auch wenn der Begriff „Insolvenz“ zunächst negativ klingt, handelt es sich hierbei um einen legitimen Weg, um sich aus einer schwierigen finanziellen Lage zu lösen und einen „Reset“ zu ermöglichen, um das Krankenhaus anschließend wieder wirtschaftlich zu stabilisieren. Viele Krankenhäuser befinden sich derzeit in einer vergleichbaren Situation, da die Krankenhausfinanzierung in Deutschland insgesamt nicht auskömmlich ist.
- Am 1. April 2025 wurde das Schutzschirmverfahren offiziell eröffnet.
- Am 8. Mai 2025 stellte das Sankt-Marien-Hospital einen Antrag auf Unterstützung an den Landkreis Cloppenburg.
- Erst Ende Mai 2025 sei die Stadtverwaltung telefonisch darüber informiert worden, dass der Landkreis Cloppenburg erwarte, dass seitens des Krankenhauses auch ein entsprechender Antrag an die Stadt gerichtet werde.
- Am 4. Juni 2025 fand ein Gespräch zwischen der Spitze der Landkreisverwaltung und der Stadtspitze statt. In diesem Gespräch sei deutlich gemacht worden, dass für eine Beteiligung seitens der Stadt ein formeller Antrag vom Krankenhaus notwendig sei. Zudem werde die Vorlage aller relevanten Unterlagen gefordert, um die Sachverhalte vollständig beurteilen zu können. Bis zu diesem Termin wurde die Stadt nicht beteiligt.

Parallel zu diesen Schritten habe die Stadtverwaltung bereits begonnen, die

Grundaussgangslage durch einen Fachanwalt prüfen zu lassen. Außerdem standen die Stadtverwaltung stets im Austausch mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, als Interessenvertretung der Stadt Friesoythe, die über Fachleute aus verschiedenen Themenbereichen verfügen. Diese sei durch die Stadtverwaltung aktiv in den Prozess mit eingebunden worden.

- Am 11.06. wurde seitens des Landkreises eine Erklärung übersandt, deren Unterzeichnung Voraussetzung für die Übersendung weiterer Unterlagen sei. (Hier BDO, beratendes Büro des Landkreises)
- Am 13.06. (Freitag) erfolgte nach intensiver Durchsicht der sehr umfangreichen Unterlagen, die Übersendung per E-Mail an den Landkreis Cloppenburg. Zusätzlich wurden die unterzeichneten Dokumente persönlich in den Briefkasten der Kreisverwaltung in Cloppenburg eingeworfen. Eine Rückmeldung der zuständigen Sachbearbeitung bestätigte den vollständigen Eingang. Die erforderlichen Unterlagen sollten der Stadt spätestens am darauffolgenden Montag zugehen.
- Erst am 18.06. ging der Antrag auf finanzielle Unterstützung seitens des St.-Marien-Hospitals ein.
- Am 19.06. erfolgte die Übersendung der angeforderten Unterlagen durch den Landkreis Cloppenburg.
- Am 26.06. fasste der Kreistag den Beschluss zur Gewährung eines Darlehens an das St.-Marien-Hospital sowie zum Beitritt des Landkreises in die Krankenhausgesellschaft. Der Kreistagsbeschluss ist mit der Verpflichtung verbunden, dass die Stadt Friesoythe die Hälfte des vom Landkreis beschlossenen Darlehens bereitzustellen und dass die Stadt Friesoythe ebenfalls in die Gesellschaft einzutreten hat.

Die Stadt erarbeitete daraufhin einen umfangreichen Fragenkatalog. Die Beantwortung erfolgte neun Tage nach Übermittlung und in sehr knapper Form. Seitens des Landkreises wurde mitgeteilt, dass der Beschluss, der im Sinne der Kreisverwaltung gefasst werde, seitens der Kommunalaufsicht des Landes Niedersachsen nicht beanstandet werde. Die Prüfung der Leistungsfähigkeit im Rahmen des Gesellschaftsbeitritts werde zu gegebener Zeit erfolgen; eine abschließende Klärung lag zu diesem Zeitpunkt nicht vor.

- In den letzten Julitagen konnten die Beratungen dann intensiv fortgeführt werden.
- Am 28.07. fand eine interfraktionelle Sitzung statt. Bereits zu diesem Zeitpunkt war klar, dass heute in der Ratssitzung eine Entscheidung getroffen werden muss. Hintergrund ist die im Rahmen des Insolvenzverfahrens gesetzte Frist (Mitte August) für die Abgabe eines verbindlichen Signals über Art und Umfang der Unterstützung des St.-Marien-Hospitals.

Das Nichteinhalten dieser Frist würde das derzeitige Insolvenzverfahren gefährden und dessen Abschluss unter Umständen verhindern. In der Folge gingen dem St.-Marien-Hospital Fördermittel aus weiteren Fonds verloren, was es unbedingt zu vermeiden gilt.

Es stelle sich nun für viele Bürgerinnen und Bürger die Frage, weshalb das St.-Marien-Hospital zusätzliche finanzielle Unterstützung benötigt, da es doch den Eindruck vermittelt, stets gut ausgelastet zu sein. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage vieler Krankenhäuser bundesweit ist jedoch nicht in erster Linie auf strukturelle oder qualitative Defizite der Häuser zurückzuführen, sondern auf eine grundsätzliche Schieflage in der Krankenhausfinanzierung.

Seit Jahren wird auf Bundesebene intensiv an einer Neustrukturierung des Finanzierungssystems gearbeitet. In diesem Zusammenhang werden auch Leistungsgruppen neu zugewiesen und verteilt, informiert Erste Stadträtin Hamjediens. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen geraten jedoch viele Krankenhäuser unter finanziellen Druck. Selbst Einrichtungen, die vermeintlich gut abgesichert

sind – wie etwa die Ammerland-Klinik mit ihrer Anbindung an die Bundeswehr – sehen sich mittlerweile mit erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert.

Hinzu kommen verschiedene Altlasten und zusätzliche Belastungen:

- die Auswirkungen der Corona-Pandemie
- deutliche Kostensteigerungen im Energiebereich
- notwendige Tarif- und Lohnanpassungen im Personalbereich

Diese Faktoren erschweren es erheblich, so Erste Stadträtin Hamjedi, das operative Geschäft wirtschaftlich zu führen. In den kommenden Jahren stehen zudem weitreichende Entscheidungen an, insbesondere zur Zuweisung der Leistungsgruppen und zur Umsetzung des Transformationsfonds. Hierbei sind zahlreiche neue Regelungen zu erwarten. Die zukünftige Entwicklung sei daher nur schwer vorhersehbar. Umso wichtiger sei es, dass Bund und Länder mit Augenmaß und unter Berücksichtigung der Bedeutung jedes einzelnen Hauses agieren.

Viele Landkreise beschäftigen sich bereits seit vielen Jahren intensiv mit der Sicherung ihrer Krankenhausversorgung. Ein aktuelles Beispiel sei der Zusammenschluss in der Stadt Emden, des Landkreises Aurich und des Landkreises Norden, die gemeinsam in Georgsheil eine große Klinik errichten möchten. Diese Maßnahmen dienen einerseits der finanziellen Konsolidierung, andererseits der Schaffung tragfähiger Strukturen zur Krankenhausversorgung.

Für die langfristige Sicherung eines Krankenhausstandortes sei ein ausreichendes finanzielles Polster sowie eine genügend hohe Fallzahl entscheidend, um wirtschaftlich bestehen zu können. Diese Herausforderung betreffe sämtliche Landkreise. Selbst Westerstede, das aufgrund der Bundeswehranbindung vermeintlich privilegiert erscheine, sei darauf angewiesen, Kooperationen einzugehen.

Auch der Landkreis Cloppenburg als zuständige Behörde, sei von dieser Entwicklung nicht ausgenommen und stehe vor denselben strukturellen und finanziellen Herausforderungen.

Erste Stadträtin Hamjedi führt weiter aus, dass die Entscheidungsfindung in dieser Angelegenheit nicht leichtgefallen sei und im Vorfeld eine intensive Diskussion stattgefunden habe, an deren Ende jedoch eine hoffentlich tragfähige Lösung gefunden worden sei.

Es habe sich die grundsätzliche Frage gestellt, ob die Stadt Friesoythe das St.-Marien-Hospital überhaupt unterstützen wolle. Diese Frage sei jedoch von Anfang an eindeutig zu beantworten gewesen – selbstverständlich werde die Stadt, wie auch in der Vergangenheit, das Hospital unterstützen, sobald dies erforderlich und machbar sei, auch wenn die Zuständigkeit gemäß § 1 des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes bei den Landkreisen läge und für die stationäre Gesundheitsversorgung verantwortlich seien.

In einer vorherigen Sitzung sei bereits berichtet worden, dass ein entsprechender Antrag vorläge. Die Stadt könne 2,6 Millionen Euro zur Verfügung stellen, auch wenn dies mit erheblichen Herausforderungen verbunden sei. Häufig werde dabei der Vergleich zur Stadt Cloppenburg gezogen. Die Rahmenbedingungen in Friesoythe seien jedoch grundlegend andere und nicht mit Cloppenburg vergleichbar.

Auf die Frage, warum man sich nicht unmittelbar dem vom Landkreis Cloppenburg entwickelten Konzept angeschlossen habe, führte Erste Stadträtin Hamjedi aus, dass es aus Sicht der Stadtverwaltung einen besseren Weg für das Krankenhaus gegeben hätte. Darüber habe Einigkeit mit dem Stadtrat bestanden.

Das St.-Marien-Hospital sei ein bedeutender Standortfaktor für die Stadt als Mittelzentrum. Dies dürfe nicht unterschätzt werden, denn es trage dazu bei, dass sich Menschen hier niederließen, weil sie eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung vorfinden, die über das Angebot eines Hausarztes hinausgehe.

Die Stadt stehe grundsätzlich zu gewachsenen Strukturen, wenn diese sich bewährt hätten. In vielen Bereichen nähmen andere Träger öffentliche Aufgaben wahr und wenn sich diese Strukturen als tragfähig erwiesen hätten, bestehe kein Anlass, Änderungen vorzunehmen. Dies gelte auch für das Krankenhaus.

Erste Stadträtin Hamjediers hebt zudem hervor, dass sich das St.-Marien-Hospital in schwierigen Zeiten bereits behauptet habe. Es habe z.B. in der Vergangenheit Maßnahmen gegeben, wie etwa Gehaltsverzicht von Mitarbeitenden, die nicht unkritisch gesehen würden. Dennoch sei festzustellen, dass die Beschäftigten – sowohl vor als auch während des Insolvenzverfahrens und trotz der Belastungen durch stark gestiegene Energiekosten – dem Haus die Treue gehalten hätten.

Es sei keineswegs selbstverständlich, dass weder Pflegekräfte noch Ärzte in dieser Lage das Krankenhaus verlassen hätten. Dies zeige sich auch im vorliegenden Sanierungskonzept, das verdeutliche, über welch engagiertes und loyales Personal das St.-Marien-Hospital verfüge. Diese Qualität sei ein wesentlicher Erfolgsfaktor, der nicht unterschätzt werden dürfe und dem sich auch die Stadt verpflichtet fühle.

Erste Stadträtin Hamjediers weist darauf hin, dass das Niedersächsische Sozialministerium das St.-Marien-Hospital mittlerweile als systemrelevant eingestuft habe. Dies bedeute, dass das Krankenhaus eine derart wichtige Funktion erfülle, auf dessen Leistungen nicht verzichtet werden könne. Diese Einschätzung bestätige die Auffassung, dass Maßnahmen ergriffen werden müssten, um den Fortbestand des Hauses zu sichern.

Das St.-Marien-Hospital sei nicht nur für die Gesundheitsversorgung in der Stadt Friesoythe, sondern auch für den gesamten Nordkreis von essenzieller Bedeutung. Dies werde insbesondere anhand einer im Internet abrufbaren Grafik zu den Erreichbarkeiten der einzelnen Krankenhäuser deutlich.

In den vorangegangenen Gesprächen sei die Befürchtung geäußert worden, dass durch die Unterstützung des Hospitals eventuell auf Pflichtaufgaben, wie etwa den Betrieb von Kindergärten, verzichtet werden müsse. Dies sei jedoch nicht der Fall, da Kindergärten eben zu den Pflichtaufgaben der Kommune gehörten und daher nicht zur Disposition stünden.

Es werde jedoch eventuell notwendig sein, in anderen Bereichen mögliche Einsparungen im freiwilligen Bereich zu prüfen. Mögliche Ansatzpunkte könnten beispielsweise die Dorfentwicklung sein, in der die Stadt Friesoythe bislang eine im niedersachsenweiten Vergleich besonders großzügige Co-Finanzierung leiste, oder die Sport- und Kulturförderung, auf die die Stadt zu Recht stolz und die zuletzt nochmals erhöht worden sei. Auch im Bereich der Kindergärten gebe es Personalausstattungen, die über die vom Land geforderten Standards hinausgingen.

Darüber hinaus sei auch über Steuererhöhungen nachzudenken. Eine Anhebung der Grundsteuer würde jedoch auch eine Erhöhung der Kreisumlage nach sich ziehen, sodass der finanzielle Effekt für die Stadt begrenzt sei, während die Belastung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere angesichts des eher niedrigen Durchschnittseinkommens in der Stadt, spürbar wäre. Gleiches gelte für eine Erhöhung der Gewerbesteuer, die angesichts der derzeit wirtschaftlich angespannten Lage vieler Unternehmen ein falsches Signal darstellen könnte.

Weiter betont Erste Stadträtin Hamjediers, dass diese Entscheidungen letztlich aber vom Stadtrat zu treffen seien. Klar sei jedoch, dass die erforderlichen Mittel an anderer Stelle wieder erwirtschaftet oder eingespart werden müssen. Ungeachtet dieser finanziellen Herausforderungen stehe der Rat jedoch geschlossen hinter der Unterstützung des St.-Marien-Hospitals.

Erste Stadträtin Hamjediers erläutert, dass man durchaus hätte sagen können, die Stadt Cloppenburg habe sehr schnell einer finanziellen Unterstützung zugestimmt, warum dies bei der eigenen Stadt nicht möglich sei. Bürgermeister Stratmann und die Erste Stadträtin Hamjediers haben hierzu Gespräche mit Verwaltungsvertretern aus Cloppenburg geführt. Dabei sei bestätigt worden, dass die Situation dort grundlegend anders sei.

Im Rahmen der Erläuterung wurden Auszüge aus dem neuen Haushaltsplan vorgestellt. Es wurde dargelegt, dass die Stadt Cloppenburg in den Jahren 2001 bis 2024 einen erheblichen Schuldenabbau vorgenommen habe. Während die Verschuldung damals nahezu 50 Millionen Euro betrug, liege sie aktuell bei etwa 5 Millionen Euro, was als beachtlicher Erfolg bewertet werde.

Im Vergleich dazu habe die Stadt Friesoythe die Schuldenreduzierung erst ab 2015 begonnen. Bis dato seien noch deutliche Zuwächse entstanden. Die Verschuldung habe sich seit 2015 von über 30 Millionen Euro auf rund 19 Millionen Euro verringert, was auch nicht gering zu schätzen sei. Dennoch sei die Gesamtverschuldung weiterhin sehr hoch. Auch die Pro-Kopf-Verschuldung zeige, dass die finanzielle Belastung der Stadt nach wie vor erheblich sei.

Abschließend stellt Erste Stadträtin Hamjediers fest, dass die Stadt Cloppenburg über deutlich größere finanzielle Spielräume verfüge, was anerkennend zur Kenntnis genommen werde, man selbst jedoch nicht über vergleichbare Mittel verfüge.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Gewährung von Darlehen durch Kommunen grundsätzlich kritisch zu betrachten ist. Üblicherweise sind Darlehen im kommunalen Bereich eher unüblich, da diese grundsätzlich von Banken und nicht vom Staat vergeben werden. Daraus ergibt sich, dass die Darlehensvergabe für eine Kommune im Prinzip ein No-Go darstelle. Darlehen unterliegen hohen Sicherheitsanforderungen, die auch bei einer Bank gelten würden.

Vor einigen Jahren wurde bereits eine Anfrage zur Darlehensgewährung geprüft. Sowohl die Stadt als auch der Landkreis Cloppenburg kamen zu dem Ergebnis, dass eine solche Darlehensvergabe rechtlich nicht zulässig sei. Daraus resultieren auch die Vorbehalte gegenüber dem aktuellen Antrag. Besonders problematisch sei, dass Darlehen nicht zur Finanzierung laufender Betriebsausgaben gewährt werden dürfen, was somit eine weitere wesentliche Hürde darstellt.

Ein wesentlicher Unterschied besteht zudem darin, dass die Stadt das Darlehen, das sie dem St.-Marien-Hospital gewährt, selbst durch ein Darlehen finanzieren müsse. Letztlich führe dies dazu, dass der Stadt keine finanzielle Entlastung entstehe.

Aus diesen Gründen hat sich die Stadtverwaltung nicht dem Antrag angeschlossen, erklärt Erste Stadträtin Hamjediers weiter. Dies läge auch daran, dass die Stadt nicht auf Vorarbeiten oder Prüfungen des Landkreises oder der Stadt Cloppenburg zurückgreifen könne. Obwohl es hilfreich wäre, Anträge als Vorlage zu nutzen, seien die Rahmenbedingungen in Friesoythe anders gelagert. Zudem seien einige Fragen noch nicht abschließend geklärt.

Zur weiteren rechtlichen Klärung wurde ein Fachanwalt hinzugezogen. Dieser habe eindeutig festgestellt, dass die Gewährung von Darlehen rechtlich beanstandet werden könne. Insbesondere die Unterstützung des laufenden Betriebs sei nach seiner Einschätzung rechtlich kritisch und kann sogar als unzulässig angesehen werden.

Darüber hinaus wurde der Aspekt des angestrebten Beitritts der Stadt in die Krankenhausgesellschaft thematisiert. Eine Beteiligung der Stadt an dieser Gesellschaft sei zwar grundsätzlich möglich, bringe jedoch erhebliche Nachteile mit sich und sei daher mit großer Vorsicht zu betrachten. Ein zentrales Kriterium hierbei sei, dass die Stadt nur dann wirtschaftlich in einer GmbH tätig werden darf, wenn sie einen angemessenen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben kann, informiert Erste Stadträtin Hamjediers. Ohne diesen Einfluss bestehe das Risiko, dass die Stadt zwar finanziell belastet werde, jedoch keinen hinreichenden Mitspracherechten besitze, was wirtschaftliche und rechtliche Nachteile nach sich ziehen könne.

Aus diesen Gründen sei eine Darlehensgewährung sowie eine Beteiligung an der Krankenhausgesellschaft nicht unproblematisch und bedürfen sorgfältiger Prüfung und Abwägung.

Erste Stadträtin Hamjediers berichtet zu den aktuellen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Darlehen für das St.-Marien-Hospital. Zu Beginn habe es Schwierigkeiten gegeben, da der Landkreis Cloppenburg Unterlagen vorgelegt habe, in denen eindeutig bestätigt wurde, dass das

Darlehen nicht abgesichert sei. Diese Stellungnahme habe man intensiv geprüft, da man aufgrund des vorliegenden Sanierungskonzepts zu einer anderen Einschätzung gekommen sei.

Man habe sich systematisch mit der vom Landkreis Cloppenburg vorgelegten Stellungnahme auseinandergesetzt und jeden einzelnen Punkt überprüft bzw. widerlegt. An dieser Stelle dankt Erste Stadträtin Hamjediers ausdrücklich Frau Westerheide für ihre umfangreiche Unterstützung bei der fachlichen Klärung, da es sich um ein komplexes Thema handle. Durch diese gründliche Prüfung sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Darlehensabsicherung durchaus gesichert sei.

Weiterhin habe man auch das Sanierungskonzept überprüft/gegenprüfen lassen. Dieses erweise sich als seriös und tragfähig. Es sei nicht notwendig, die Bewertung des Landkreises vorbehaltlos zu übernehmen, da die eigene Einschätzung auf fundierten Fakten und belegten Ergebnissen beruhe, wohingegen die Einschätzung des Landkreises nicht in vergleichbarer Tiefe erfolgte.

Ein noch offener Punkt bleibe, dass die Stadt für das Darlehen selbst ein Darlehen aufnehmen müsse, was weiterhin als Herausforderung gesehen werde.

Abschließend erläuterte Frau Westerheide, dass viele der im Sanierungskonzept skizzierten Maßnahmen zur Zukunftssicherung bereits konkret umgesetzt oder in der Umsetzungsphase seien. So befänden sich beispielsweise Verhandlungen mit medizinischem Fachpersonal, insbesondere Ärzten und Ärztinnen, kurz vor dem Vertragsabschluss. Dies unterstreiche, dass die im Konzept dargestellten Schlüsselmaßnahmen nicht nur theoretisch formuliert, sondern aktiv verfolgt würden.

Erste Stadträtin Hamjediers betont, dass diese Entwicklungen eine deutlich positivere Perspektive auf die Tragfähigkeit des Sanierungskonzepts eröffnen.

Weiter erläutert Erste Stadträtin Hamjediers, dass man sich bei den Beratungen auch in die Lage des St.-Marien-Hospitals versetzt habe. Bereits in der Vergangenheit habe die Stadt das Hospital unterstützt, beispielsweise durch einen Investitionszuschuss, der schnell, unbürokratisch und großzügig bewilligt worden sei. Die Stadt habe sich durch eine besonders wenig formalistische und bürokratische Handhabung ausgezeichnet und damit schneller als andere Zuschussgeber reagiert.

Aus Sicht eines Geschäftsführers, so Erste Stadträtin Hamjediers, sei ein Darlehen zwar grundsätzlich sinnvoll, aber Fremdkapital müsse immer verzinst werden. Dies könne zu Problemen führen, insbesondere wenn sich die Rahmenbedingungen zukünftig ändern sollten. Die wirtschaftliche Solidität eines Krankenhauses hänge nicht allein von der medizinischen Arbeit ab, sondern auch von äußeren Faktoren, die schwer vorhersehbar seien. Daher wolle man das Krankenhaus so unterstützen, dass es auch bei schwierigen Entwicklungen handlungsfähig bleibe und die finanzielle Unterstützung der Stadt als gesichert wahrgenommen werden könne.

Aus diesem Grund habe die Stadt Friesoythe von Beginn an einen Zuschuss bevorzugt, führt Erste Stadträtin Hamjediers weiter aus, der eine Eigenkapitalverstärkung darstelle, auch wenn dieser als Sonderposten verbucht werde. Zudem wolle die Stadt Friesoythe keine Zinsen verlangen, da die Förderung aus Überzeugung erfolge, vergleichbar mit anderen Fördermaßnahmen wie der Dorfentwicklung. Eine Rückzahlung sei denkbar, wenn bestimmte finanzielle Rahmenbedingungen erfüllt seien, beispielsweise ein positiver Cashflow des Krankenhauses. Der Zuschuss aus dem Jahr 2023 sei bereits in Höhe von 3,5 Millionen Euro unbürokratisch und großzügig ausgezahlt worden, was die schnelle und effiziente Unterstützung der Stadt unterstreiche.

Erste Stadträtin Hamjediers weist darauf hin, dass die Stadt zudem aufgefordert sei, in die Gesellschaft des St.-Marien-Hospitals einzutreten. Dies sei jedoch nur möglich, wenn es sich um eigene kommunale Angelegenheiten handle. Krankenhäuser seien jedoch grundsätzlich Aufgaben des Landkreises und kreisfreier Städte, was eine kommunale Beteiligung erschwere. Zudem müsse die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt bei einem solchen Beitritt gewährleistet sein. Die Stadt unterliege einem Haushaltsvermerk des Landkreises, der eine Schuldenaufnahme nur Pflichtaufgaben erlaube.

In der weiteren Ausführung erklärt Erste Stadträtin Hamjediers anhand eines Tortendiagramms die aktuelle Gesellschafterstruktur des St.-Marien-Hospitals gGmbH: Die St.-Marien-Stiftung halte 62,35 %, der Landkreis Cloppenburg 25,1 % und die Stadt Friesoythe 12,55 %. Eine vergleichbare Struktur gelte für die Schwester-Euthymia-Stiftung, bei der die Stadt Cloppenburg 12,55 %, der Landkreis Cloppenburg 25,1 % und die Stiftung selbst 62,35 % halte. Das BMO habe in einigen Fällen sogar ein Vetorecht bei Entscheidungen.

Erste Stadträtin Hamjediers informiert weiter, dass das St.-Marien-Hospital künftig bis zu 150 Betten umfasse, während die Schwester-Euthymia-Stiftung mit den zugehörigen Häusern in Cloppenburg, Lönigen, Vechta und Damme insgesamt 952 Betten betreibe. Daraus werde aller Voraussicht nach resultieren, dass in den Abwägungen zwischen den Projekten für die beiden Hospitäler im Landkreis Cloppenburg das St.-Josefs-Hospital ein größeres Gewicht haben werde und zwar auch beim Landkreis. Dieser sei in beiden Gesellschaften vertreten.

Eine abgestimmte Zusammenarbeit der größeren Gesellschafter sei jedoch nicht garantiert.

Weiter kritisiert Erste Stadträtin Hamjediers, dass die Stadt Friesoythe trotz der gesellschaftlichen Beteiligung kaum Einflussmöglichkeiten besitze. Auch in Fällen gemeinsamer Entscheidungen mit dem Hospital bestehe keine Mehrheit, was zu einer faktischen Ohnmacht führe. Gleichzeitig trügen die städtischen Vertreter in der Gesellschaft Verantwortung und würden dafür zur Rechenschaft gezogen, was als problematisch angesehen werde.

Abschließend betont Erste Stadträtin Hamjediers, dass eine wirtschaftliche Betätigung der Kommune grundsätzlich sinnvoll sein könne, sofern sie mit ausreichendem Einfluss verbunden sei. Ohne diesen Einfluss seien solche Beteiligungen problematisch und sollten kritisch geprüft werden.

Es wurde ausführlich dargestellt, dass grundsätzlich jedes Mitglied des Stadtrates das Recht habe, zu fordern, dass Entscheidungen, die durch die städtischen Vertreter in der Gesellschaft des St.-Marien-Hospitals getroffen werden, einer Prüfung und Ratifikation durch den Stadtrat unterliegen müssen. Dieses Vorgehen – eine Bestätigung durch den Stadtrat – sei formal möglich und könne sicherstellen, dass keine Entscheidung „im Alleingang“ getroffen werde. Allerdings sei darauf hinzuweisen, dass solche Verfahrensabläufe den Entscheidungsprozess erheblich verkomplizieren und erschweren können. Bereits der Wunsch nach weitergehenden Informationen oder Detailklärungen seitens einzelner Ratsmitglieder könne dazu führen, informiert Erste Stadträtin Hamjediers, dass Entscheidungen sich verzögern und der administrative Aufwand deutlich ansteige. In der Realität werde ein „angemessener Einfluss“ der Stadt jedoch als nicht gegeben gesehen, da die Stadt auch in Verbindung mit dem St.-Marien-Hospital nicht über eine ausreichende Stimmenmehrheit (mindestens 75 %) verfüge, um Entscheidungen tatsächlich maßgeblich zu beeinflussen.

Weiterhin sei zu bedenken, dass Entscheidungen, die die Gesundheitsversorgung betreffen, zwar grundsätzlich öffentlich und transparent diskutiert werden sollten, jedoch die Gefahr bestehe, dass sie zu „politischen Spielbällen“ würden. Die Beteiligung zahlreicher Parteien und Interessen könne die Entscheidungsfindung erschweren und zu einer Polarisierung führen. Als konkretes Beispiel wurde die Schließung der Geburtsstation in Friesoythe genannt, welche für viele einen schmerzlichen Einschnitt bedeute. Zugleich wurde aber auch nachvollziehbar dargestellt, dass diese Entscheidung aufgrund von finanziellen Zwängen und Personalengpässen getroffen werden musste und somit aus fachlicher Sicht verständlich sei. Die schwierige Situation der Verantwortlichen in der Krankenhausgesellschaft wurde hervorgehoben.

Auch betont Erste Stadträtin Hamjediers, dass Ratsfrau Geuter als Mitglied des Aufsichtsrates des St.-Marien-Hospitals eine wichtige Funktion als Bindeglied zwischen der Stadt und dem Krankenhaus ausfülle. Zwar sei Ratsfrau Geuter aufgrund der Verschwiegenheitspflicht nicht befugt, sämtliche Informationen weiterzugeben, dennoch bestehe großes Vertrauen in ihre Tätigkeit und in die Kommunikation, die über sie erfolgt.

Das Engagement des Krankenhauspersonals, die qualitativ hochwertige Arbeit sowie die Tatsache, dass sich das Haus trotz seiner vergleichsweise kleinen Größe im regionalen Wettbewerb gut positionieren könne, wurden als wichtige Vertrauensgrundlage genannt.

Der ursprüngliche Vorschlag, die Stadt Friesoythe in die Gesellschaft einzubringen, sei vom Insolvenzverwalter des St.-Marien-Hospitals gekommen, um die regionale Verankerung zu stärken und das Vertrauen der Bevölkerung zu erhöhen. Es wurde jedoch klargestellt, dass die Bürger weniger auf institutionelle Gremien als vielmehr auf das medizinische Personal und die Ärztinnen und Ärzte vertrauen. Die Stadt Friesoythe habe ihre Unterstützung in der Vergangenheit bereits vielfach durch aktive politische Kontakte und Fördermaßnahmen unter Beweis gestellt. So war der Bürgermeister Stratmann beispielsweise an direkten Gesprächen mit der Landesregierung beteiligt, um Fördermittel zu sichern.

Bezüglich der anstehenden Entscheidung erläuterte die Erste Stadträtin Hamjediers, dass der Kreistag bereits einen Beschluss mit der Vorgabe beschlossen habe, dass die Stadt Friesoythe der Gesellschaft beitreten muss und zwar in der vom Landkreis Cloppenburg vorgelegten Form. Die Verträge seien von Seiten des Landkreises Cloppenburg ausgehandelt und der Stadt Friesoythe lediglich zur Kenntnis gebracht worden. Eine direkte Beteiligung an den Vertragsverhandlungen habe seitens der Stadt Friesoythe nicht stattgefunden. Die Kommunalaufsicht habe zwar signalisiert, dass ein entsprechender Beschluss des Stadtrates nicht beanstandet werde, jedoch bleibe die Frage offen, inwieweit der Landkreis Cloppenburg als beteiligte Körperschaft zugleich die Aufsicht über die Stadt Friesoythe ausüben könne.

Die Erste Stadträtin macht deutlich, dass es seitens des Landkreises keinen Alternativplan gebe: Die Stadt Friesoythe könne nur dem vorgelegten Vertragswerk vollständig zustimmen, andernfalls drohe ein Rückzug des Landkreises Cloppenburg aus der Förderung des Krankenhauses. In den Verträgen sei allerdings eine Ausstiegsoption für die Stadt Friesoythe vorgesehen, die einen Austritt aus der Gesellschaft ermöglichen würde, sollte dies zukünftig erforderlich sein.

Zudem führt Erste Stadträtin Hamjediers weiter aus, dass eine Stadtratsentscheidung, die nicht mit dem Kreistagsbeschluss übereinstimme, eine erneute Verhandlung im Kreistag erforderlich machen würde, was angesichts der knappen Frist bis zum 14. August zeitlich nicht umsetzbar sei. Die Fortführung und der Abschluss des Insolvenzverfahrens seien daher unmittelbar von der Entscheidungsfindung des Stadtrates abhängig.

Erste Stadträtin Hamjediers bekräftigt, dass die Stadtverwaltung die vorliegende Beschlussvorlage mittrage, da sie im Sinne der Sache und zur Sicherung des St.-Marien-Hospitals als notwendig erachtet werde. Dabei werde betont, dass die Entscheidung nicht leichtfertig getroffen wurde. Es habe eine sorgfältige Abwägung zwischen der Verantwortung gegenüber dem Krankenhaus und dessen Mitarbeitenden einerseits sowie gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern andererseits stattgefunden.

Emotional gefärbte Appelle – etwa, Entscheidungen „mit dem Herzen und nicht nur mit Zahlen“ zu treffen – seien zwar verständlich, entbieten jedoch nicht die Notwendigkeit, als verantwortliche Entscheidungsträger auch die wirtschaftlichen und strukturellen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Erste Stadträtin Hamjediers stellt klar, dass sich die Stadtverwaltung im gesamten Prozess intensiv mit den komplexen Fragen der Krankenhausfinanzierung auseinandergesetzt habe und nun über eine deutlich vertiefte Sachkenntnis verfüge. Ziel bleibe es, das St.-Marien-Hospital in seiner Funktion zu sichern und die Interessen der Patientinnen und Patienten sowie der Mitarbeitenden bestmöglich zu wahren.

Abschließend führt Erste Stadträtin Hamjediers aus, dass – unabhängig vom Ausgang der Abstimmung – alle erforderlichen Prüfungen und Vorbereitungen sorgfältig vorgenommen worden seien („Hausaufgaben gemacht“).

Es bestehe die ausdrückliche Hoffnung, dass die vorangegangenen Ausführungen für alle Anwesenden verständlich gewesen seien und die Thematik mit ihren Herausforderungen nachvollziehbar dargestellt wurde. Ziel sei es gewesen, darzulegen, warum die Entscheidung nicht leichtfertig getroffen werde.

Erste Stadträtin Hamjediars betont, dass sie eindeutig auf der Seite des St.-Marien-Hospitals, seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie insbesondere der Patientinnen und Patienten stehe.

Ratsfrau Geuter bedankt sich bei der Ersten Stadträtin Hamjediars für den umfassenden und detaillierten Vortrag. Dieser habe sowohl den Mitgliedern des Rates als auch dem Publikum einen klaren Überblick über die Ausgangslage vermittelt.

Ratsfrau Geuter berichtet weiter, Krankenhäuser seien eine wichtige Säule der sozialen Daseinsvorsorge und unverzichtbar, um den Menschen eine medizinische Versorgung zu ermöglichen. Gerade im Bereich der Grundversorgung benötigen die Menschen ein Krankenhausangebot in erreichbarer Nähe. Der Kliniksimulator der GKV zeigt in diesem Zusammenhang deutlich die zentrale Bedeutung des Krankenhauses Friesoythe. Wenn es dieses Krankenhaus nicht gäbe, müssten knapp 48.000 Menschen länger als 30 Minuten fahren, um ein Krankenhaus der Grundversorgung zu erreichen.

Auch die Stadt Friesoythe habe das Krankenhaus bisher deutlich unterstützt – und das fraktionsübergreifend. Aktuell beteilige sich die Stadt mit 3,5 Millionen Euro an den laufenden Baumaßnahmen, die das Krankenhaus zukunftsfähig aufstellen sollen. Angesichts der Haushaltslage der Stadt Friesoythe sei dies eine enorme Herausforderung, der die Stadt durch die Priorisierung dieser Unterstützung begegnet ist.

Schon der ehemalige Bürgermeister Johann Wimberg habe in einem Brief vom 19.08.2010 an den damaligen Landrat auf die großen Probleme hingewiesen, die der Beschluss des Kreistages zur 2/3-1/3-Finanzierung der Krankenhauskosten für die Stadt Friesoythe bedeute, so Ratsfrau Geuter weiter. Er habe damals den Landkreis Cloppenburg aufgefordert, seiner Ausgleichsfunktion stärker gerecht zu werden. Es sei schade, dass der heutige Landrat Wimberg seine damalige Auffassung inzwischen vergessen habe – oder vergessen wolle.

Das St. Marien-Hospital stehe aktuell vor großen finanziellen Herausforderungen. Diese resultieren nicht aus schlechtem Wirtschaften, sondern aus fehlenden gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine ausreichende Krankenhausfinanzierung. Für die Fraktion SPD-Bündnis 90/Die Grünen – und sie denke, auch für den gesamten Rat – möchte sie ausdrücklich festhalten: Die Stadt und der Stadtrat haben großes Vertrauen in die Arbeit des Krankenhauses Friesoythe und sind sehr dankbar für das, was dort für die Allgemeinheit geleistet wird.

Nach § 1 des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes sei der jeweilige Landkreis für die Sicherstellung der Krankenhausversorgung verantwortlich. Der Landkreis Cloppenburg könne sich also nicht darauf berufen, dass die freigemeinnützigen Krankenhäuser diese Aufgabe übernehmen. Er müsse tätig werden, wenn eine Unterversorgung droht – und das schließe die Unterstützung freigemeinnütziger Träger ausdrücklich ein. Im Vergleich zu benachbarten Landkreisen ist das Krankenhausangebot im Landkreis Cloppenburg eher bescheiden. Man hätte sich daher gewünscht, dass der Landkreis Cloppenburg seine Verantwortung deutlich früher und klarer wahrgenommen hätte. Beispiellos ist es nun, dass der Landkreis Cloppenburg unmittelbar vor der Sommerpause einen Beschluss fasst, der mit einer rechtlich fragwürdigen Verkoppelung zu Lasten der Stadt Friesoythe verbunden ist, so die Meinung ihrer Fraktion lt. Ratsfrau Geuter. Im Kern laute die Botschaft: „Wenn Ihr nicht spurt, schieben wir Euch den Schwarzen Peter für ein eventuelles Scheitern zu.“ Und das komme von einer Gebietskörperschaft und einem Landrat, der an anderer Stelle immer wieder auf das hohe Gut der kommunalen Selbstverwaltung verweist.

Die Informationen, die der Landkreis Cloppenburg gegeben habe, kamen erstens viel zu spät und zweitens in einer Form, die keine sachgerechte Entscheidung erlaubte. Ihre Fraktion sei der Verwaltung sehr dankbar, dass sie mit großem Engagement den Sachverhalt neu aufgearbeitet und uns einen besseren Weg aufgezeigt habe. Statt eines Darlehens wäre ein Zuschuss sinnvoller gewesen, da er das Eigenkapital des Krankenhauses verstärkt hätte.

Problematisch sei außerdem die Vorgabe des Landkreises, dass sich die Stadt mit einem bestimmten Anteil am Krankenhaus beteiligen soll. Das kommunale Verfassungsrecht knüpft an eine solche Beteiligung hohe Hürden, deren Einhaltung zu bezweifeln sei. Mit einem Anteil von 12,5 % habe die Stadt Friesoythe faktisch keine Einflussmöglichkeiten, werde aber öffentlich zur Verantwortung gezogen. Zudem sei es fraglich, ob Landkreis und Stadt Friesoythe tatsächlich immer dieselben Interessen verfolgen, da der Landkreis auch am Krankenhaus Cloppenburg beteiligt ist. Konkurrenzsituationen sind absehbar.

Man sei sehr dankbar, dass es in den vergangenen Jahrzehnten zum Krankenhaus immer fraktionsübergreifende Einigkeit gab, so Frau Geuter weiter. Es sei aber nicht auszuschließen, dass künftige Ratsmehrheiten dieses Vertrauen nicht mehr teilen. Dann könne es passieren, dass Ratsmitglieder

in Krankenhausgremien jede Entscheidung vorab in den kommunalen Gremien absegnen lassen müssen – mit negativen Folgen für die Handlungsfähigkeit.

Ihre Fraktion sei weiterhin der Meinung, so Ratsfrau Geuter, dass der von der Verwaltung vorgeschlagene Weg – Zuschuss statt Darlehen, keine Beteiligung – der bessere gewesen wäre. Nach sorgfältiger Abwägung habe man sich jedoch dazu entschieden, alles zu unterlassen, was den positiven Ausgang des Insolvenzverfahrens gefährden könnte. Da der Kreistagsbeschluss eine Kopplung an einen gleichlautenden Beschluss der Stadt Friesoythe enthält, werde man sich dieser Vorgabe beugen. Nur so erhält der Insolvenzverwalter die notwendigen Beschlüsse für den Fortgang des Verfahrens.

Frau Geuter betont, dass die Bedenken bestehen bleiben. Sollte die Kommunalaufsicht – wie vom Landkreis behauptet – diese nicht teilen und das Vorgehen genehmigen, könne zumindest niemand den Vorwurf erheben, man habe unverantwortlich gehandelt. Ziel sei es, das Thema zu einem späteren Zeitpunkt, wenn keine Gefahr für das Krankenhaus mehr besteht, erneut aufzugreifen und eine Umgestaltung der Unterstützung prüfen.

Heute bleibe dem Rat nur, diesen Beschluss mit geballter Faust zu fassen – wohlwissend, dass das Krankenhaus Friesoythe auch künftig vor großen Herausforderungen steht. Kooperationen mit anderen Häusern werden unvermeidbar sein, aber mit Partnern, die ein starkes Krankenhaus Friesoythe wirklich wollen und nicht lediglich einen Mitbewerber verdrängen möchten.

Das Krankenhaus Friesoythe habe in den vergangenen Jahren gezeigt, dass es bereit sei, sich anzupassen und zu verändern – zuletzt mit der aktuellen Baumaßnahme zur Strukturverbesserung. Man habe großes Vertrauen, dass diese gute Arbeit fortgesetzt wird und die Menschen in unserer Region auch in Zukunft auf ihr Krankenhaus zählen können.

Abschließend bedankt sich Ratsfrau Geuter bei allen Beteiligten und schließt ihren Redebeitrag.

Ratsherr Reinken erklärt, man könne den Eindruck gewinnen, dass seine Ausführungen und die von Ratsfrau Geuter aufeinander abgestimmt seien. Dies sei jedoch nicht der Fall, zeige aber deutlich die Geschlossenheit des Rates in dieser Angelegenheit. In den bisherigen Wortmeldungen sei klar geworden, dass die Entscheidung keineswegs leichtgefallen sei. Vielmehr handele es sich um eine sehr komplexe, möglicherweise sogar um eine der komplexesten Entscheidungen dieser Wahlperiode.

Der Rat habe sich während der gesamten Sommerpause intensiv mit dem Thema befasst, Ansätze diskutiert und Lösungsvorschläge entwickelt. Bereits Ende April sei bekannt geworden, dass der Landkreis Cloppenburg plane, die Städte Cloppenburg und Friesoythe als Darlehensgeber und Mitgesellschafter in die Verantwortung für die Krankenhäuser einzubinden. Seitdem habe man sich nahezu täglich in Sitzungen, Gesprächen, Prüfungen und Beratungen mit dem Landkreis, dem Krankenhaus, dem Insolvenzverwalter sowie weiteren Fachleuten auseinandergesetzt. Stets sei dabei die Frage im Vordergrund gestanden, wie dem St.-Marien-Hospital geholfen werden könne. Diese Zielsetzung sei durchgehend die oberste Maxime gewesen.

Für seine Fraktion betont Ratsherr Reinken – in Übereinstimmung mit Ratsfrau Geuter für ihre Fraktion –, dass man klar zum Friesoyther Krankenhaus stehe und es bestmöglich unterstützen wolle. Ein Krankenhaus sei für die Stadt als Mittelzentrum ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Im Notfall sei schnelle Hilfe entscheidend, und diese dürfe nicht erst 30 oder 40 Minuten entfernt sein. Das Friesoyther Krankenhaus biete diese Sicherheit seit 158 Jahren. Allein diese Zahl verdeutliche die tiefe Verwurzelung, die Bedeutung für die Menschen in der Region und die Relevanz für die Stadt Friesoythe.

Das St.-Marien-Hospital befinde sich derzeit im Schutzschirmverfahren. Die Ursachen hierfür lägen nicht in mangelnder eigener Leistungskraft, sondern ausschließlich in den seit Jahren unzureichenden bundes- und landesrechtlichen Rahmenbedingungen. Gerade kleinere Häuser im ländlichen Raum gerieten dadurch in finanzielle Schieflagen. Dass dies kein Einzelfall sei, zeige ein Blick in die Region, wo andere Einrichtungen teils noch schwerer betroffen seien.

Das Krankenhaus sei in der Vergangenheit nach Möglichkeit bereits finanziell unterstützt worden. Ein weiterer wesentlicher Beitrag sei zudem von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet worden. Ratsherr Reinken zeigt sich erfreut, dass zahlreiche Beschäftigte, die Geschäftsführung, die Pflegedienstleitung und auch der ärztliche Direktor anwesend seien. Dies sei ein wichtiges Zeichen des Respekts gegenüber dem Stadtrat, wofür er Dank ausspreche. Er wisse, dass die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den vergangenen Jahren erheblich dazu beigetragen hätten, die Stabilität des Hauses zu sichern – teilweise auch durch persönliche finanzielle Einbußen.

Ratsherr Reinken hebt die hervorragende Arbeit hervor, die im Krankenhaus Friesoythe geleistet werde. Auch er selbst habe als Patient die gute Versorgung und die engagierte Betreuung erfahren. Dies sei ein Zeichen für die enge Verbundenheit der Belegschaft mit dem Krankenhaus und für deren Einsatzbereitschaft.

Das vorgelegte Sanierungskonzept, das insbesondere durch die Fertigstellung der laufenden Baumaßnahmen eine Grundlage für eine zukünftig noch leistungsfähigere Arbeit schaffen und bei verbesserten gesetzlichen Rahmenbedingungen auch eine wirtschaftlichere Perspektive eröffnen könne, habe überzeugt. Dazu bekenne sich auch seine Fraktion.

Die Stadt Friesoythe übernehme seit langem finanzielle Verantwortung für das Krankenhaus, stellt Ratsherr Reinken fest, nicht erst mit dem nun zu erwartenden Beschluss. So sei bereits im Jahr 2023 eine Unterstützung in Höhe von 3,5 Mio. Euro beschlossen worden – eine der höchsten Förderungen, die eine Stadt in Niedersachsen, insbesondere eine kleine Stadt, einem Krankenhaus gewährt habe. Auf diese Unterstützung könne man stolz sein, da sie verdeutliche, dass sowohl Verwaltung als auch Fraktionen geschlossen hinter dem Krankenhaus stünden.

Gegenstand der heutigen Entscheidung sei erneut eine kommunalrechtliche freiwillige Unterstützung. Die originäre Zuständigkeit liege beim Landkreis und bei den kreisfreien Städten, wie es das Niedersächsische Krankenhausgesetz vorsehe. Die Kreistagsbeschlüsse, die der Stadt zugegangen seien, machten die heutige Sondersitzung erforderlich. Die Erste Stadträtin Hamjediers habe in ihrer Vorlage und ihrem Vortrag die rechtlichen und finanziellen Herausforderungen deutlich dargelegt.

Zwar hätte man sich andere, bessere Wege zur Unterstützung des Krankenhauses vorstellen können, diese seien durch die Kreistagsbeschlüsse jedoch nicht mehr möglich. Kritisch merkt Reinken an, dass eine frühzeitigere und engere Abstimmung des Landkreises mit allen Beteiligten, insbesondere mit dem Stadtrat, wünschenswert gewesen wäre. Diese fordere er nachdrücklich für die Zukunft ein. Eine gemeinsame Zusammenarbeit über die künftige Entwicklung des Krankenhauses könne nur partnerschaftlich auf Augenhöhe erfolgen, nicht durch Druck.

Trotz der Schwierigkeiten werde die heutige Entscheidung nicht leichtfertig getroffen. Dank richtet er an die Verwaltung, insbesondere an die Erste Stadträtin und den Kämmerer, die sich mit großem Engagement – teilweise auch in ihrem Sommerurlaub – um Lösungen bemüht und eng mit den beiden Fraktionen zusammengearbeitet hätten. Dies sei ein Beispiel gelungener Kommunikation zwischen Verwaltung und Rat.

Abschließend kündigt Ratsherr Reinken an, dass die beiden Fraktionen einen gemeinsamen Beschlussvorschlag vorlegen werden. Für diese Zusammenarbeit dankt er der SPD/Grünen-Fraktion ausdrücklich. Es sei in seiner Erinnerung das erste Mal, dass CDU und SPD/Grüne gemeinsam einen Antrag einbringen – ein starkes Signal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an die Patientinnen und Patienten sowie an die Bürgerinnen und Bürger in Friesoythe: Der Stadtrat stehe geschlossen an der Seite des Krankenhauses.

Ratsherr Reinken führt aus, dass der gemeinsame Vorschlag, wie zuvor von der Ersten Stadträtin Hamjediers dargestellt, ein Darlehen an das Krankenhaus in Höhe von 2,63 Mio. Euro vorsieht, um den Kreistagsbeschluss umzusetzen. Die Auszahlungen seien für 2026 und 2027 vorgesehen und würden in enger Abstimmung mit den Bedarfen des Krankenhauses erfolgen. Diese Beträge müssten in den städtischen Haushalten eingeplant werden. In Zeiten angespannter Finanzen sei dies keine einfache Entscheidung, auch wenn dies außerhalb des Gremiums mitunter anders dargestellt werde.

Darüber hinaus werde die Stadt Friesoythe zur Erfüllung der Vorgaben des Kreistags mit einem Anteil von 12,55 % als Gesellschafter in die Trägerschaft eintreten. Dabei sei klar, dass die Stadt Friesoythe keine fachlichen Vorgaben machen wolle, da sie keine Klinik-Expertise besitze. Man habe großes Vertrauen in die Geschäftsführung, die nach Einschätzung von Ratsherr Reinken

hervorragende Arbeit leiste. Er verweist in diesem Zusammenhang u. a. auf das überregional anerkannte Adipositas-Zentrum und die weiteren Fachabteilungen.

Langfristig sei beabsichtigt, die Gesellschaftsanteile – sobald das Krankenhaus nach der Sanierung auf sicheren Füßen stehe – möglichst wieder an den St.-Marien-Hospital zurück zu verkaufen. Dies würde dem Haus mehr Freiheit geben und es zugleich vor Verzögerungen bewahren, die mit politischen Entscheidungsprozessen verbunden sein könnten. Kommunen seien keine Unternehmer, und der Staat könne aufgrund rechtlicher Vorgaben oftmals langsamer handeln, als es für den Gesundheitssektor erforderlich sei. Eine rechtliche Klärung der Möglichkeiten eines Rückverkaufs solle daher erfolgen.

Ratsherr Reinken betont abschließend, dass die heutige Entscheidung nicht allein eine kommunalrechtliche und finanzielle Dimension habe. Das Krankenhaus habe ein Einzugsgebiet von über 100.000 Menschen, versorge jährlich über 6.000 Patientinnen und Patienten und beschäftige rund 400 Mitarbeitende. Mit seinen Einrichtungen – darunter das Facharztzentrum, das Elisabethhaus, die Sozialstation, die Tagespflege sowie die Medizinischen Versorgungszentren in Garrel und Ostrhauderfehn – sei das St.-Marien-Hospital ein unverzichtbarer Bestandteil der regionalen Gesundheitsversorgung.

Gesundheitsversorgung sei zwar kommunalrechtlich eine freiwillige Aufgabe, dieser Aufgabe stelle sich die Stadt jedoch mit großer Verantwortung. Der gemeinsame Vorschlag sende ein wichtiges Signal – an das Krankenhaus, an die Bürgerinnen und Bürger, aber auch an den Landkreis Cloppenburg, verbunden mit der Erwartung einer künftig besseren Zusammenarbeit.

Ratsherr Reinken schließt seinen Redebeitrag mit einem Dank an alle Beteiligten.

Nach Abstimmung des Beschlussvorschlages berichtet Bürgermeister Stratmann, dass es sich bei der aktuellen Entscheidung um eine der schwierigsten Herausforderungen des Rates handle – vergleichbar mit der Rettung des Schwimmbades und der noch anstehenden Sicherung der Friesoyther Eisenbahngesellschaft. Es sei, so betont er, „eine der größten, wenn nicht sogar die größte Herausforderung meiner gesamten Amtszeit“.

Weiter hebt Bürgermeister Stratmann hervor, dass die heutige Entscheidung verdeutliche, dass der Stadtrat gemeinsam an einem Strang ziehe. Dennoch mahnt er an, dass die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Cloppenburg dringend verbessert werden müsse. Ratsherr Reinken habe dies bereits angesprochen und er könne sich dieser Einschätzung nur anschließen. „Wir dürfen eine derart unzureichende Zusammenarbeit nicht länger dulden“, so Bürgermeister Stratmann. Es sei in der Vergangenheit wiederholt vorgekommen, dass Verträge geschlossen worden seien, ohne die Stadt Friesoythe einzubinden. Wichtige rechtliche Aspekte seien dabei außer Acht gelassen worden. In diesem Zusammenhang fielen Begriffe wie *Friss-oder-stirb-Mentalität*, *Kröten schlucken* und sogar das Wort *Erpressung*. So könne und dürfe man miteinander nicht umgehen.

Zur besseren Einordnung führt Bürgermeister Stratmann aus, dass es eine sogenannte **Strategiegruppe Gesundheitsregion Landkreis Cloppenburg** gebe, in der die Gesundheitsversorgung des gesamten Landkreises behandelt werde – von der hausärztlichen über die fachärztliche bis hin zur stationären Versorgung. Umso unverständlicher sei es, dass die drohende Schließung der letzten beiden Krankenhäuser im Landkreis, die sich inzwischen in eigenverantwortlichen Insolvenzverfahren befinden, bislang nicht einmal auf der Tagesordnung dieser Gruppe gestanden habe. „Alle Alarmleuchten müssten angehen“, betont Bürgermeister Stratmann. In der Strategiegruppe seien schließlich alle relevanten Akteure vertreten – Krankenhausgeschäftsführungen, kassenärztliche Vereinigung, Hausarztvertreter und die Bürgermeister der Standortkommunen. Der Landkreis wirke in dieser Situation „recht hilflos“.

Bürgermeister Stratmann kritisiert, ebenso Ratsfrau Geuter und Ratsherr Reinke haben dies in ihren Ansprachen deutlich gemacht, dass eine strategische Auseinandersetzung mit dieser Thematik bereits vor etwa sechs bis zehn Jahren notwendig gewesen wäre – unabhängig von der jeweiligen Trägerschaft der Krankenhäuser. Diese frühzeitige Befassung sei im Landkreis Cloppenburg jedoch versäumt worden. Nun müssten die aktuellen Entscheidungen und deren Konsequenzen hingenommen werden.

Positiv hebt er den engen und vertrauensvollen Austausch mit dem **St.-Marien-Hospital** hervor. Bereits Ende April habe ihn dessen Geschäftsführer informiert, dass das Krankenhaus keinen Zuschuss bei der Stadt Friesoythe beantragen werde und gleichzeitig vor möglichen „problematischen

Entwicklungen“ in Cloppenburg gewarnt. „Genau hier liegt der entscheidende Punkt: Ich erwarte vom Landkreis Cloppenburg einen ganz anderen Umgang, als wir ihn, nicht nur in dieser Angelegenheit, erlebt haben.“

Abschließend erklärt Bürgermeister Stratmann, dass der nun anstehende Beschluss eine gute Grundlage darstelle. Die Stadt werde das Krankenhaus in der Form unterstützen, wie es die aktuelle Situation erfordere. Aufgabe von Verwaltung und Rat sei es nun, die Umsetzung vorzubereiten, die erforderlichen Prüfungen vorzunehmen und die wirtschaftliche Betätigung bei der zuständigen Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

Im Namen der Stadtverwaltung, des Rates und auch persönlich wünscht Bürgermeister Stratmann dem **St.-Marien-Hospital** die bestmöglichen Entscheidungen, um den Fortbestand des Hauses vor Ort langfristig zu sichern. „Dies ist ein zentrales Anliegen, das auch die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten.“

Zum Schluss bedankt sich Bürgermeister Stratmann bei allen Akteuren sowie bei den Zuhörern herzlich für deren Engagement, Unterstützung und Interesse.

Einstimmig wird vom Rat nachstehender Beschluss gefasst:

1. Die Stadt Friesoythe erklärt sich bereit, das St. Marien-Hospital Friesoythe gGmbH finanziell zu unterstützen.
2. Die finanzielle Unterstützung erfolgt – um die Vorgaben im Beschluss des Kreistages Cloppenburg vom 26.06.2025 einzuhalten – auf Darlehensbasis mit einer Laufzeit von 15 Jahren. Das Gesamtvolumen von 2.630.000,00 Euro soll in einer Größenordnung von 1.430.000,00 Euro zum 01.08.2026 und von 1.200.000,00 Euro zum 01.01.2027 ausgezahlt werden. Eine Rückzahlung von Zins und Tilgung wird bis Ende 2028 ausgesetzt werden.
3. Entsprechend der Erwartung des Landkreises Cloppenburg aus dem Beschluss vom 26.06.2025 wird die Verwaltung beauftragt, einen Geschäftsanteil in Höhe von 12,55 % am Stammkapital des St. Marien-Hospitals Friesoythe gGmbH zu einem Kaufpreis von 5.000,00 Euro zu erwerben und die dafür notwendigen Erklärungen abzugeben.
4. Die Beteiligung und der Erwerb der Geschäftsanteile erfolgen auf der Grundlage eines Kauf- und Konsortialvertrages. Eventuellen Hinweisen der Kommunalaufsicht und des zur Beurkundung beauftragten Notars, die in dem endgültigen Gesellschaftsvertrag und/oder dem Kauf- und Konsortialvertrag eingearbeitet werden müssen, wird vorab zugestimmt, sofern die Änderungen die wesentlichen Regelungen der vorgenannten Verträge nicht verändern.
5. Die Beschlussfassung zu den Beschlusspunkten 1 und 2 steht unter dem Vorbehalt, dass
 - a) das kommunale Anzeigeverfahren gemäß § 152 Abs. 1 NKomVG ohne Beanstandung beendet wird und das Bischöflich Münstersche Offizialat dem Beteiligungskonzept zustimmt;
 - b) die für die vom Kreistag des Landkreises Cloppenburg beschlossene Darlehensgewährung notwendigen Genehmigungs- und Anzeigeverfahren positiv abgeschlossen werden;
 - c) das Insolvenzverfahren für das Krankenhaus St. Marien-Hospital gGmbH positiv rechtskräftig beendet wird;
 - d) die sich bis zur Beurkundung der Verträge noch ergebenden Änderungen keine signifikanten Auswirkungen auf den im Zeitpunkt der Beschlussfassung vorliegenden Gesamtkontext, insbesondere in Fragen der Liquidität, Verschuldung oder vergleichbaren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des St. Marien-Hospitals gGmbH haben;

- e) der Stadt Friesoythe eine Grundschuld zur Absicherung des Darlehens für die mit dem Krankenhaus bebauten Grundstücken eingeräumt wird.
- 6. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschlüsse unter 1 und 2 mit der Zielsetzung einer Anpassung dieser Unterstützungsmaßnahmen an die von der Stadt Friesoythe erarbeiteten Lösungsansätze zur finanziellen Unterstützung des Krankenhauses St. Marien-Hospital gGmbH rechtlich zu überprüfen bzw. überprüfen zu lassen. Dabei ist sicherzustellen, dass diese Überprüfung erst ab einem Zeitpunkt erfolgen darf, von dem an die Einhaltung und die weitere positive Ausgestaltung des Sanierungskonzeptes nicht mehr beeinträchtigt werden kann.
- 7. Der Kaufpreis in Höhe von 5.000 € wird außerplanmäßig nach § 117 NKomVG bereitgestellt. Deckung ist vorhanden durch Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen.

TOP 8 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

Es erfolgt keine Wortmeldung.

TOP 9 Einwohnerfragestunde

Frau Westerheide, Geschäftsführerin des St.-Marien-Hospitals und Vorstandsmitglied der Stiftung, ergreift das Wort und erklärt in Vertretung von Herrn Wessels, der sich nach den kräftezehrenden Wochen eine kurze Auszeit genommen habe, im Namen der Mitarbeitenden des Hauses danke sie für die Unterstützung und die konstruktive Zusammenarbeit mit Rat und Verwaltung.

Obwohl sie erst seit einem Jahr im St.-Marien-Hospital tätig sei, habe sie eine enge Bindung zu diesem Haus entwickelt. Besonders hervorheben möchte sie die Leistungen von Erste Stadträtin Hamjediers, die sich in extrem kurzer Zeit in die komplexe Krankenhausmaterie hervorragend eingearbeitet habe. Aus ihrer langjährigen beruflichen Erfahrung im Gesundheitswesen wisse sie, wie anspruchsvoll dies sei.

Frau Westerheide stellt fest, dass sie die Zusammenarbeit mit der Stadt als äußerst positiv und engagiert erlebt habe und bedanke sich ausdrücklich für die heutige Beschlussfassung.

Das Haus und seine Mitarbeitenden würden alles daransetzen, die Gesundheitsversorgung vor Ort zu sichern und das Krankenhaus bestmöglich zu erhalten.

Abschließend bedankt sich Frau Westerheide bei allen Beteiligten und Zuhörern.

TOP 10 Schließung der Sitzung

Die Ratsvorsitzende Hogeback schließt die Sonderratssitzung um 19:35 Uhr und spricht allen Mitarbeitenden ihren ausdrücklichen Dank für deren engagierte Arbeit und investierte Zeit aus. Ebenso dankt sie den anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörern sowie der Presse für ihre Teilnahme und Unterstützung.